

SOZIAL AGENDA

NUMMER 29 • APRIL 2012

Überalterung der Gesellschaft -
Es ist Zeit zu handeln

Beschäftigungspaket
Weißbuch Pensionen und Renten



Der ökonomische Fortschritt geht mit einer höheren Lebenserwartung einher – an und für sich eine fantastische Errungenschaft. Gleichzeitig bekommen die Menschen weniger Kinder. Diese demografische Gegebenheit wiederum ist eine Herausforderung für die wirtschaftliche Entwicklung. Angesichts der Tatsache, dass die Baby-Boomer-Generation das Ruhestandsalter erreicht hat und die Konsequenzen der gegenwärtigen Krise die Gesellschaft und den Arbeitsmarkt hart treffen, ist es Zeit zu handeln.

Das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen 2012 setzt hier ein wichtiges Signal (S. 14). Der Öffentlichkeit bietet es Gelegenheit, sich des Ausmaßes der demografischen Herausforderung bewusst zu werden, und den örtlichen und nationalen Entscheidungsträgern, den Sozialpartnern und der Zivilgesellschaft, konkrete Verpflichtungen zu übernehmen: Welchen Beitrag wollen sie leisten, damit ältere Menschen länger aktiv, eigenständig und gesund bleiben? Wie wir alle wissen, kommt eine menschlichere und integrativere Gesellschaft auch anderen schutzbedürftigen Gruppen und jungen Menschen zugute.

Es handelt sich hier nicht um eine theoretische Frage, da eine Reihe wichtiger, miteinander zusammenhängender Entscheidungen und Optionen ansteht, die nicht länger zurückdrängt werden können.

Was gedenken wir zu tun, um über längere Zeit ein angemessenes Rentenniveau für immer mehr Rentner und Pensionäre zu wahren (S. 12)? Die Antwort auf diese Frage wird in erheblichem Maße entscheiden, ob das von der Europäischen Union vorgegebene

Ziel eines intelligenten, nachhaltigen und integrativen Wachstums bis zum Jahr 2020 erreicht werden kann oder nicht. Die Europäische Kommission hat alle Aspekte dieses hochkomplexen und übergreifenden Themas in einem Strategiepapier zusammengeführt und Politikempfehlungen ausgesprochen. Diese verfolgen drei wesentliche Ansätze: Anpassung der Entwicklung des Renteneintrittsalters an die Entwicklung der Lebenserwartung; Gewährleisten, dass Zusatzrücklagen eine sichere Altersversorgungsinvestition sind, und Förderung der grenzüberschreitenden Altersversorgung.

Wie lässt sich die Umstrukturierung von Unternehmen als Chance und nicht als gesellschaftliches und persönliches Trauma gestalten (S. 8)? Der soziale Dialog ist hier sicher von zentraler Bedeutung,

aber auch die Partnerschaft mit örtlichen, nationalen und europäischen Entscheidungsträgern und Wissenschaftlern.

Ebenfalls von zentraler Bedeutung ist das Thema Zuversicht, wenn die EU ihre beschäftigungspolitischen

Ansprüche erfüllen will (S. 10). Am 17. April schlug die Europäische Kommission Möglichkeiten der Aktivierung aller Synergien und Instrumente zur Schaffung eines beschäftigungsintensiven Wachstums vor. 17,6 Millionen Arbeitsplätze müssen geschaffen und mindestens 20 Millionen Menschen aus der Armut geführt werden, wenn die EU ihre Ziele für das Jahr 2020 erreichen will.

Aktives Altern, Pensionen und Renten, Umstrukturierung, Beschäftigung: zu all diesen Themen schlägt die Europäische Kommission Perspektiven auf EU-Ebene vor und auch Maßnahmen, die es zu ergreifen gilt – und zwar jetzt.

Koos Richelle

„Zuversicht entscheidend für die Lösung der beschäftigungspolitischen Herausforderung“

Im Fokus:



Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten

Umsetzung eines gemeinsamen EU-weiten beschäftigungspolitischen Ansatzes Seite 10



Pensionen und Renten

Wie sie angemessen, sicher und nachhaltig gehalten werden können Seite 12



Bevölkerungsüberalterung

2012 Verpflichtungen übernehmen, um aktives Altern zu ermöglichen Seite 14

INHALT

EUROPÄISCHER SOZIALFONDS

Förderung integrativen Unternehmertums

6

KOORDINIERUNG DER SOZIALEN SICHERHEIT

Ausgleich grenzüberschreitender Leistungen für Beschäftigte im Krankheitsfall

7

BESCHÄFTIGUNG

Umstrukturierung als Chance nutzen

8

Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten

10

SOZIALPOLITIK

Angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten

12

THEMA SPEZIAL

Ein europäisches Aktionsjahr

14

HAPPIER. Länger und glücklicher leben?

15

Schüler/-innen führen Senioren ans Internet heran

17

Eine Lücke zwischen Menschen und Entscheidungsträgern

19

Win-win-Lösungen für Jung und Alt gleichermaßen

21

EUROPA 2020

Die soziale Dimension

24

ANDERE STIMMEN

Wichtige Teile, die im Puzzle fehlen –
Anne-Sophie Parent, Generalsekretärin, AGE Platform Europe

26

RUBRIKEN

Kurznachrichten

4

Interview mit Lieve Franssen,
Europäische Kommission, Sozialpolitik und Europa 2020, Direktorin

27

Neuerscheinungen

28

Nützliche Websites

28



16. FEBRUAR 2012: EU LEGT PLÄNE FÜR ANGEMESSENE, SICHERE UND NACHHALTIGE PENSIONEN UND RENTEN VOR

Die Europäische Kommission hat ein Weißbuch zum Thema angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten herausgegeben, das sich damit befasst, wie die EU und ihre Mitgliedstaaten vorgehen können, um die großen Herausforderungen zu bewältigen, vor denen unsere Rentensysteme stehen. Es beinhaltet eine Reihe von Maßnahmen, die helfen sollen, die richtigen Bedingungen zu schaffen, damit diejenigen, die hierzu in der Lage sind, weiter arbeiten können – und ein besseres Gleichgewicht zwischen Arbeitszeit und Rentenjahren erreicht wird; um sicherzustellen, dass Menschen, die in ein anderes Land ziehen, ihre Renten- und Pensionsansprüche behalten können; um den Menschen zu helfen, mehr zu sparen, und sicherzustellen, dass Renten- und Pensionszusagen eingehalten werden und die Menschen im Ruhestand das bekommen, was sie erwarten (vollständiger Artikel siehe S. 12) ■



Weißbuch Pensionen und Renten: Ein ausgewogeneres Verhältnis von Arbeitszeit und Ruhestand herstellen

© iStock

8. FEBRUAR: 2010 LAG DIE ZAHL DER VON ARMUT UND SOZIALER AUSGRENZUNG BEDROHTEN PERSONEN IN DER EU BEI 115 MILLIONEN BZW. 23,4% DER BEVÖLKERUNG



115 Millionen EU-Bürger von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedroht

© Image Globe

Dies bedeutet, dass mindestens eine der nachstehenden drei Bedingungen auf sie zutrifft: armutsgefährdet, unter erheblicher materieller Entbehrung leidend oder in einem Haushalt mit sehr geringer Erwerbstätigkeit lebend. Die Reduzierung der Anzahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen in der EU ist eines der zentralen Ziele der Europa-2020-Strategie. Den größten Anteil an von Armut oder sozialer Ausgrenzung bedrohten Personen verzeichneten 2010 Bulgarien (42%), Rumänien (41%), Lettland (38%), Litauen (33%) und Ungarn, den geringsten Anteil die Tschechische Republik (14%), Schweden und die Niederlande (jeweils 15%), Österreich, Finnland und Luxemburg (jeweils 17%). Die Zahlen stammen aus einem Bericht von Eurostat, dem Statistischen Amt der Europäischen Union. ■

1. FEBRUAR: KOMMISSAR ANDOR BESUCHT DIE USA

Bei seinem ersten Besuch der USA als EU-Kommissar für Beschäftigung, Soziales und Integration traf László Andor sich mit US-Kollegen, namhaften Expertenkommissionen und Wissenschaftlern, darunter auch Joseph Stiglitz. Die Reise bot Gelegenheit, Wege zur Vertiefung des Dialogs und der Zusammenarbeit mit den USA bezüglich kritischer Themen wie dem Thema Arbeitsplätze im Kontext der Wirtschafts- und Finanzkrise zu erkunden. Der Kommissar betonte die Wichtigkeit des Themas Beschäftigung in der politischen Debatte auf beiden Seiten des Atlantik und sprach gemeinsame Diskussionsthemen wie grüne Arbeitsplätze,

Qualifikationsprognosen/-nachfrage sowie Gesundheits- und Sicherheitsfragen an. Er traf sich beim IWF mit Christine Lagarde zur Besprechung gemeinsamer Initiativen im Beschäftigungsbereich, insbesondere über die Notwendigkeit der weiteren Zusammenarbeit als Teil des G20-IAO-Rahmens zur Stärkung der beschäftigungspolitischen und sozialen Dimension der Globalisierung. Außerdem traf er sich mit dem Weltbank-Vizepräsidenten für Europa und Zentralasien Philippe Le Hourerou. In New York nahm Kommissar Andor an der Konferenz „Youth Employment“ anlässlich des 50-jährigen Bestehens der UN-Kommission für Soziale Entwicklung teil. ■

1. FEBRUAR: SCHREIBEN VON EU-KOMMISSIONSPRÄSIDENT BARROSO AN DIE STAATS- UND REGIERUNGSCHEFS VON ACHT MITGLIEDSTAATEN ZUM THEMA JUGENDARBEITSLOSIGKEIT

Der informelle Europäische Rat verständigte sich am 30. Januar 2012 auf die Notwendigkeit sofortiger Maßnahmen zur Stärkung von Wachstum und Beschäftigung. Zu den konkreten Ideen, die Präsident Barroso dem Europäischen Rat vortrug, zählte die Einrichtung von „Aktionsteams“, in denen die Kommission, die nationalen Behörden und die nationalen Sozialpartner der acht Länder zusammenkommen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit signifikant über dem EU-Durchschnitt liegt, namentlich Spanien, Griechenland, die Slowakei, Litauen, Italien, Portugal, Lettland und Irland. Die Zielvorgabe lautete, bis Mitte April zielgerichtete Pläne zu entwerfen, die in das jeweilige nationale Reformprogramm

einfließen sollten, in denen die Mitgliedstaaten ihre wirtschaftspolitischen Prioritäten im Kontext des Europäischen Semesters darlegen. Am 31. Januar 2012 versandte Präsident Barroso Schreiben an die Staats- und Regierungschefs der acht Mitgliedstaaten, in denen er die vorgeschlagenen Schritte erläuterte, so zum Beispiel: Benennung einer Kontaktperson seitens der nationalen Behörden, Besuch des Kommissionsteams im Februar sowie Benennung der erforderlichen Komponenten eines Jugendbeschäftigungsplans und der Förderprogramme für KMU, die mit noch nicht zugewiesenen Mitteln aus nationalen Strukturfonds vorangetrieben oder begünstigt werden könnten. ■■

18. JANUAR: EU ERÖFFNET DAS EUROPÄISCHE JAHR DES AKTIVEN ALTERNS UND DER SOLIDARITÄT ZWISCHEN DEN GENERATIONEN



Innovation kann neue Lösungen für die Herausforderungen der alternden Gesellschaft Europas schaffen

Zur Einleitung der einjährigen Kampagne veranstalteten die Europäische Kommission und die dänische EU-Ratspräsidentschaft in Kopenhagen eine zweitägige Konferenz zu der Schwerpunktfrage, wie durch Innovation neue Lösungen für die der alternden europäischen Gesellschaft bevorstehenden Herausforderungen in den Bereichen Beschäftigung, Gesundheit und Soziales gefunden werden können. Ziel des Europäischen Jahrs ist es, das Thema aktives Altern ins Bewusstsein zu rücken, insbesondere in den Bereichen Beschäftigung, Teilhabe am gesellschaftlichen Leben und eigenständige Lebensführung älterer Menschen. Es soll Akteure und Entscheidungsträger dazu anregen, Verpflichtungen in diesen Bereichen zu übernehmen und Maßnahmen zu ergreifen, um ihre Ziele zu erreichen. Ende des Jahres findet im Rahmen einer Europäischen Feierstunde eine Ehrung besonders herausragender Leistungen zum Thema aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen statt (siehe „Thema Spezial“ S. 14). ■■

17. JANUAR: EUROPÄISCHE KOMMISSION ERÖFFNET DEBATTE ZUM THEMA UNTERNEHMENSUMSTRUKTURIERUNG: LEHREN AUS DER KRISE

Ziel war es, erfolgreiche praktische und politische Ansätze im Bereich Umstrukturierung und Anpassung an Veränderungen zu ermitteln. Die Ergebnisse flossen in das Beschäftigungspaket ein (siehe Seite 10) und sollen helfen, die weitere Kooperation zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebervertretern, Regierungen, lokalen und regionalen Behörden sowie den EU-Organen zu verbessern. Mithilfe der Konsultation wurden ferner spezifische

Umstrukturierungsmaßnahmen ermittelt, mit denen die Herausforderungen in den Bereichen Beschäftigung und Gesellschaft leichter gemeistert werden können und die europäischen Unternehmen ihre Wettbewerbsfähigkeit durch Innovation und eine schnelle, aber reibungslose Anpassung an Veränderungen einfacher steigern können. Die Konsultation endete am 30. März 2012 (vollständiger Artikel S. 24) ■■

WEITERE INFORMATIONEN ÜBER DIE EUROPÄISCHE POLITIK IM BEREICH BESCHÄFTIGUNG, SOZIALES UND INTEGRATION: <http://europa.eu/rapid>

Förderung integrativen Unternehmertums

Die zehn COPIE-Partner haben ein Unternehmer-Instrumentarium entwickelt und getestet

Grenzüberschreitendes Lern-Netzwerk COPIE stellt eine Reihe neuer regionaler und nationaler Planungsinstrumente vor

2 010 waren in der Europäischen Union (EU) 32,5 Millionen Personen, d. h. ungefähr 15 % aller Erwerbstätigen in der EU, selbständig erwerbstätig. „Die selbständige Erwerbstätigkeit ist ein wichtiger Motor im Bereich des Unternehmertums und der Arbeitsbeschaffung und trägt somit zu den Zielen der Europäischen Union im Hinblick auf Wachstum und bessere Arbeitsplätze bei“, bescheinigt das Europäische Beschäftigungsobservatorium. Das Potenzial der selbständigen Erwerbstätigkeit ist jedoch bei weitem noch nicht ausgeschöpft.

Unter dem Stichwort „integratives Wachstum“ werden die Mitgliedstaaten in der Strategie Europa 2020 für ein beschäftigungsintensives, intelligentes und nachhaltiges Wachstum dringend aufgefordert, alle derzeitigen Maßnahmen abzuschaffen, die eine selbständige Erwerbstätigkeit erschweren. Dies ist im Hinblick auf die gegenwärtige Diskussion über die zukünftige Beschäftigungspolitik nicht nur für junge Menschen, sondern auch unter dem Aspekt der aktiven Arbeitsmarktintegration von Migranten, Frauen und Menschen mit Behinderung relevant.

Seit 2009 hat das grenzüberschreitende, von der Europäischen Kommission kofinanzierte Lern-Netzwerk COPIE (Community of Practice on Inclusive Entrepreneurship) unter Leitung des deutschen Bundesministeriums

für Arbeit und Soziales ein Instrumentarium entwickelt, das einen strategischen, integrativen und qualitativ anspruchsvollen Ansatz für integrative Unternehmenspolitik innerhalb des Europäischen Sozialfonds (ESF) ermöglicht.

Die Instrumente wurden von den zehn COPIE-Partnern (s. Kasten) entwickelt und getestet, um ihre jeweiligen regionalen und nationalen Unternehmensförderungsstrukturen zu analysieren und zu verbessern. Die hierbei gesammelten Erfahrungen sollen Entscheidungsträgern und ESF-Verwaltungsbehörden überall in Europa Hilfestellung geben, ähnliche Maßnahmen für die neue ESF-Periode (2014–2020) zu entwickeln und bereitzustellen.

Das COPIE-Instrumentarium beinhaltet ein Diagnose-Instrument zur Darstellung der Stärken und Schwächen vorhandener regionaler oder nationaler Unternehmertums-Strukturen (COPIE Diagnosis Tool). Außerdem bietet es eine Reihe von Instrumenten für Fördermaßnahmen zum Eingreifen in den drei prioritären Bereichen zum Thema Unternehmertum: Bildung, Qualitätsmanagement im Bereich Existenzgründungs- und Unternehmensberatung sowie Zugang zu Finanzmitteln. Zur Förderung der aktiven Mitarbeit von Akteuren an der Gestaltung einer integrativen Unternehmenspolitik beinhaltet das COPIE-Instrumentarium zudem Vorschläge

für eine Methode der gemeinsamen Maßnahmenplanung, die sich auf den gesamten Unternehmenspolitik-Planungsprozess anwenden lässt.

Zehn Partner

COPIE (Community of Practice on Inclusive Entrepreneurship) ist ein Lern-Netzwerk, dem ESF-Verwaltungsbehörden und -Durchführungsorgane auf nationaler und regionaler Ebene in Europa angehören.

Führende Partner sind das asturische regionale Ministerium für Wirtschaft und Arbeit (Spanien), das Ministerium für Arbeit und Soziales der Tschechischen Republik sowie die ESF-Agentur Flandern (Belgien).

Zu den weiteren Partnern gehören die regionalen Ministerien für Beschäftigung, Arbeit bzw. Industrie in Andalusien, Extremadura und Galicien (Spanien), das Ministerium für Soziale Sicherheit in Litauen, die ESF-Agentur der französisch-sprachigen Gemeinschaft in Belgien und die spanische Incyde-Stiftung.

Weitere Informationen im Internet:

- COPIE-Netzwerk:
<http://www.cop-ie.eu>
- COPIE-Instrumentarium:
<http://www.cop-ie/copie-tools>

Ausgleich grenzüberschreitender Leistungen für Beschäftigte im Krankheitsfall

Koordinierung der Sozialsysteme in den Grenzregionen zwischen Frankreich, Belgien, Luxemburg und Deutschland

Ein Projekt verbindet Bürger, lokale Akteure und Entscheidungsträger in vier benachbarten Ländern

Bürger der Europäischen Union (EU), die in einem Land arbeiten, aber auf der anderen Seite der Grenze wohnen, stehen im Mittelpunkt eines EU-finanzierten Projektes namens SSCALA zur Koordinierung der Sozialversicherungssysteme in den französisch-belgisch-luxemburgisch-deutschen Grenzregionen (<http://www.socialsecurity.fgov.be>). Keyina Mpeye, der Verantwortliche für die Gestaltung des Projekts auf Seiten der belgischen Agentur für soziale Sicherheit (FPS), erläutert.

Wie lautet das Ziel dieses Projekts?

SSCALA steht für „Social Security Coordination: Activating Local Actors“ (Koordinierung der sozialen Sicherheit: Aktivierung lokaler Akteure)... Aber Scala ist auch das lateinische Wort für Treppe! Dies spiegelt das zentrale Anliegen des Projekts wider, das da lautet: schrittweise Rückmeldung von ganz unten bis ganz oben. Angesichts eines sehr komplexen EU-Regulierungsrahmens geht es bei dem Projekt darum, den Akteuren vor Ort und den Bürgern besser zuzuhören, um sie stärker in den politischen Prozess einzubinden. Als Erstes haben wir uns dafür entschieden, die Leistungen im Krankheitsfall zu betrachten, die Grenzarbeitnehmern zustehen, die in den französisch-belgisch-luxemburgisch-deutschen Grenzregionen leben.

Welche Aktivitäten führen Sie konkret hauptsächlich durch?

Als Erstes wurde eine Informationsbroschüre verfasst, die so einfach wie möglich die grenzüberschreitend geltenden Sozialversicherungsrechte von Grenzarbeitnehmern darstellt. Außerdem wird in Kürze eine Umfrage zur Zufriedenheit gestartet, um Rückmeldung zu erhalten, wie die gegenwärtigen Regelungen von der Zielgruppe wahrgenommen werden, welche Schwierigkeiten sie hatte, welche Verbesserungen sie sich erhofft... Dem Ergebnis dieser Umfrage wird natürlich nachgegangen, und es wird den Entscheidungsträgern zur Kenntnis gebracht. Dieser Informationsprozess wird durch eine Medienkampagne unterstützt (Radiospots, Internet-Animationen), mit denen die Aufmerksamkeit der Zielgruppe auf humorvolle Weise geweckt werden soll. Auf Institutionen-Ebene haben wir eine per „e-workspace“ unterstützte Netzwerkstruktur geschaffen, die es Fachleuten aus allen beteiligten Ländern ermöglicht, ihre Erfahrungen auszutauschen. Die zentrale Idee, die hinter diesem Instrument steht, besteht darin, eine Verbindung zwischen den lokalen Akteuren und den nationalen sowie den auf EU-Ebene tätigen Entscheidungsträgern zu schaffen und es ihnen so zu ermöglichen, Rückmeldung zu geben und Verbesserungsvorschläge zu machen. Am Schluss wird das Ergebnis der gesammelten Erfahrungen in eine europäische Konferenz einfließen, deren Ziel es ist,



© Keyina Mpeye

Beispiele guter Praxis weiterzugeben und das Gelernte nutzbar zu machen.

Welchen Nutzen erwarten Sie?

Unser Ziel ist es, ein innovatives Modell für die Kooperation zwischen Institutionen zu schaffen, das stärker auf die Kenntnisse der Akteure vor Ort setzt, wenn es um rechtliche, durch EU-Verordnungen verursachte Probleme geht, und konkrete und praktische Lösungen anbietet. Wir hoffen, mit dem Projekt das Interesse zu verdeutlichen, diese Art anwenderorientierter Initiativen weiter auszubauen, die näher an der alltäglichen Realität der Fachleute und der europäischen Bürger sind.

Gründen Sie Ihr eigenes Projekt

Haben Sie eine Idee für ein grenzüberschreitendes Projekt zum Thema Koordinierung der sozialen Sicherheit in der EU? Nähere Informationen über die Ausschreibung der Europäischen Kommission unter „Finanzierung“ auf <http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=26&langId=de>



Rechtzeitige und gut vorbereitete Umstrukturierung kann Arbeitsplätze retten und den Menschen die Anpassung erleichtern

Umstrukturierung als Chance nutzen

Die Europäische Kommission arbeitet an einem EU-Rahmenwerk zur Reduzierung der negativen Folgen von Umstrukturierungsmaßnahmen

Vorbereitung und Antizipation sind die Schlüsselwörter des Grünbuchs „Umstrukturierung und Antizipation von Veränderungen: Lehren aus den jüngsten Erfahrungen“, das die Europäische Kommission der europäischen Öffentlichkeit vom 17. Januar bis zum 30. März 2012 zur Konsultation vorgelegt hat.

Das Grünbuch fragt Interessengruppen (Gewerkschaften, Arbeitgeberorganisationen, Behörden etc.) nach ihrer Meinung zur Schaffung echter EU-weiter Antizipierungs- und Vorbereitungsmechanismen – vom reinen Austausch guter Praxisbeispiele bis zu entsprechenden EU-Gesetzen und sogar einer Vereinbarung zwischen den EU-Sozialpartnern, die vom EU-Ministerrat in ein Gesetz umgewandelt würde.

Während der Analyse der eingegangenen Antworten wartet die Kommission auf die offizielle Stellungnahme der übrigen EU-Institutionen und -Organe zum Grünbuch – des Europäischen Parlaments, des Europäischen Wirtschafts- und Sozialausschusses und des Ausschusses der Regionen.

Arbeitsplätze und Kompetenzen

Antizipation wovon? Zum einen natürlich der Arbeitsplätze und Kompetenzen, die zukünftig benötigt werden, aber auch der Umstrukturierung selbst, um die sozialen Auswirkungen zu begrenzen. Vor mehreren Jahren beschloss Ford Europa, ein Werk in der Nähe von Bordeaux (Frankreich), in dem 1 000 Personen beschäftigt waren, zu schließen. Das Unternehmen gab diese Entscheidung drei Jahre vorab bekannt und suchte in enger Zusammenarbeit mit den regionalen Behörden nach alternativen Lösungen. Trotz der Finanzkrise 2008 fand Ford ein anderes Unternehmen, das das Werk übernahm und sicherte damit Hunderte von Arbeitsplätzen, die ansonsten verloren gegangen wären. Frankreich ist nun zufällig ein Land, in dem die Kultur des Antizipierens durch das GPEC-Abkommen (*Gestion prévisionnelle des emplois et des compétences*) ziemlich fest etabliert ist.

Antizipation ist auch entscheidend für kleine und mittelgroße Unternehmen (KMU), die häufig hilflos sind, wenn die großen Unternehmen, von denen sie abhängig

sind, Umstrukturierungen beschließen. Die großen Unternehmen würden ermutigt, transparenter zu arbeiten und die Arbeitnehmer der betreffenden KMU an der Planung von Anpassungsmöglichkeiten zu beteiligen. Außerdem könnten sektorenspezifische, territoriale oder unternehmensbasierte Vereinbarungen getroffen werden, wie zum Beispiel die vom europäischen Sicherheits- und Verteidigungskonzern Thales ausgehandelte, die unter anderem die konsequente Umschulung von 5 000 Arbeitskräften pro Jahr beinhaltet.

11 000 Umstrukturierungsfälle

Von 2002 bis 2010 verzeichnete der „European Restructuring Monitor“ (ERM) über 11 000 Umstrukturierungen (Unternehmensumstrukturierungen, Schließungen, Fusionen und Übernahmen, Stellenabbau- bzw. auslagerung, Neuverteilung etc.) erfasst, wobei knapp zwei abgebaute Arbeitsplätze auf einen neu geschaffenen kamen (1,8:1). In der Zeit von 2008 bis 2010 stieg dieses Verhältnis auf 2,5:1.

Ein weiteres Schlüsselwort lautet „Neuverteilung“. Lange Zeit waren Humanressourcen die Basis für die Wettbewerbsfähigkeit der EU. Heute jedoch ist die Schnelligkeit der technologischen und organisatorischen Veränderungen derart hoch, dass ganze Tätigkeitsbereiche verschwinden, während andere neu entstehen, und für die Mitgliedstaaten der EU wird es immer teurer, ihre sozialen Sicherungssysteme aufrechtzuerhalten. Die Herausforderung besteht daher darin, so weit wie möglich das gegenwärtige Niveau sozialen Schutzes zu wahren und Antizipierungs- und Vorbereitungsmechanismen zu schaffen, die helfen, die Menschen reibungslos und zugleich ausreichend schnell von einem Arbeitsplatz auf einen anderen „umzuverteilen“.

Eine weitreichende Partnerschaft

Eine weitere wesentliche Voraussetzung sind Transparenz und Kooperation. Natürlich gibt es schon seit langer Zeit EU-Vorschriften zur Benachrichtigung und Konsultation von Arbeitnehmern. Zu der Art von Transparenz jedoch, die heute von Unternehmen erwartet wird, gehört auch die Kooperation mit lokalen, regionalen und nationalen Behörden sowie mit Universitäten und Ausbildungszentren.

Ebenfalls für die Europäische Kommission interessant ist die Art und Weise, in der einige Unternehmen die aktuelle Krise gemeistert haben, indem sie kurzfristig „interne“ Flexibilitätsoptionen wie z. B. verkürzte Wochenarbeitszeiten eingeführt und damit kreativ das sogenannte „Flexicurity“-Konzept in die Praxis umgesetzt haben.

Im Herbst 2012, sobald sie die Ergebnisse der öffentlichen Konsultation ausgewertet hat und die Stellungnahme der anderen EU-Institutionen und -organe vorliegen, will die Kommission entscheiden, wie vorgegangen werden soll, um beim Thema Umstrukturierung Fortschritte zu machen.

Sechs Fragestellungen

Nach Abschluss der Anfang 2012 vorgesehenen öffentlichen Befragung zum Thema Umstrukturierung analysiert die Europäische Kommission die Antworten, die sie auf folgende Fragen bekommt:

- **Lehren aus der Krise** – Sind die bestehenden Maßnahmen und Praktiken angemessen? Was sind die Erfolgsfaktoren und die zukünftigen Herausforderungen? Wie haben Kurzarbeitsregelungen während der Krise funktioniert, und wie geeignet sind sie für den Umgang mit einer langfristig niedrigen Nachfrage?
- **Wirtschaftliche und industrielle Anpassung** – Was sind die relevanten Rahmenbedingungen und bestehenden bewährten Verfahren beim Zugang zu Finanzmitteln zur Begleitung struktureller Anpassungsprozesse?
- **Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigungsfähigkeit von Arbeitnehmern** – Ist ein antizipativer Ansatz am besten? Müssen unter Umständen bestehende Leitfäden zum Thema Umstrukturierung und die Mittel zur Gewährleistung ihrer Umsetzung aktualisiert werden?
- **Erzeugung von Synergieeffekten im Zuge des wirtschaftlichen Wandels** – Wie lassen sich die Synergieeffekte zwischen Unternehmen, lokalen Behörden und anderen lokalen Akteuren verbessern? Wie können Ausbildungsmaßnahmen zu einer festen Größe des Personalmanagements werden?
- **Die Rolle der regionalen und lokalen Behörden** – Wie kann eine unterstützende Rolle der Behörden unter Berücksichtigung der nationalen Traditionen gefördert werden?
- **Auswirkungen von Umstrukturierungen** – Was können Unternehmen und Arbeitnehmer tun, um die beschäftigungspolitischen und sozialen Auswirkungen von Umstrukturierungen so gering wie möglich zu halten und welche Rolle können politische Maßnahmen bei der Erleichterung dieser Veränderungen übernehmen?



Partnerschaft: Zwischen Sozialpartnern, aber auch mit politischen und akademischen Behörden

© Image Globe



Einen arbeitsplatzintensiven Aufschwung gestalten

Die Europäische Kommission schlägt Möglichkeiten zur Aktivierung aller Instrumente vor

Schaffung von 17,6 Millionen zusätzlichen Arbeitsplätzen in der Europäischen Union (EU): Nichts anderes bedeutet es in der Praxis, wenn 75% der aktiven EU-Bevölkerung 2020 einen Arbeitsplatz haben sollen – so das Ziel der EU-Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. Angesichts der Tatsache, dass zwischen 2008 und Mitte 2011 1,5 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen und im selben Zeitraum 6 Millionen Arbeitsplätze abgebaut wurden, ist dies eine große Herausforderung.

Um ein solch ambitioniertes Ziel zu erreichen, müssen alle Hebel in Bewegung gesetzt werden. Genau dies ist das Ziel der am 17. April 2012 von der Europäischen Kommission vorgelegten Mitteilung mit dem Titel „Hin zu einem Aufschwung mit neuen Arbeitsplätzen“. Sie stellt konkrete Möglichkeiten für die Umsetzung eines gemeinsamen beschäftigungspolitischen EU-Ansatzes vor: wie die Schaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitsmarktreformen unterstützt werden kann, Vertrauen zwischen allen beteiligten Akteuren hergestellt werden kann, Mittel aus dem EU-Haushalt mobilisiert werden können und Mitgliedstaaten geholfen werden

kann, Entscheidungen umzusetzen, die sie gemeinsam im Rahmen des Europäischen Semesters getroffen haben, das eine jährliche (zwischen Januar und Juni stattfindende) Diskussion über die Wirtschaft-, Haushalts- und Beschäftigungspolitik der Mitgliedstaaten auf EU-Ebene vorsieht (s. *Sozial Agenda* Nr.°28, Februar 2012).

Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen

Die Kommission drängt die Mitgliedstaaten, eine Agenda für die Schaffung von Arbeitsplätzen und Arbeitsmarktreformen zu verabschieden, die sowohl die Nachfrage- als auch die Angebotsseite des Arbeitsmarktes berücksichtigt. Beschäftigungspolitische Ansätze können die Schaffung von Arbeitsplätzen mithilfe einer Vielzahl von Instrumenten fördern, z. B. durch Bezuschussung der Einstellung zusätzlicher Arbeitskräfte oder Maßnahmen zur Förderung selbständiger Erwerbstätigkeit und Unternehmensneugründungen. Die Förderung der Schaffung von Arbeitsplätzen und Neuverteilung von Arbeitskräften sollte sich auf den Ausbau nachhaltiger Aktivitäten konzentrieren, die sich positiv auf die

Gesamtwirtschaft auswirken: die grüne Wirtschaft, Gesundheits- und Familienleistungen sowie Kommunikationstechnologien gelten als Motoren für einen beschäftigungsintensiven Aufschwung.

Wiederherstellung dynamischer Arbeitsmärkte

Die Kommission benennt auf der Grundlage der ihr vorliegenden EU-weiten Arbeitsmarktdaten auch eine Reihe von Maßnahmen, die den Erfolg struktureller Arbeitsmarktreformen sicherstellen würden. Diese reichen von Flexibilitäts- und Sicherheitsbedingungen auf den Arbeitsmärkten bis hin zu Steuer- und Vergünstigungssystemen oder Lohnbildungspraktiken, die ebenso effiziente wie integrative Arbeitsmärkte gewährleisten. Die Kommission schlägt Verfahren vor, die auf nationaler oder sogar regionaler bzw. lokaler Ebene anwendbar sind und den Arbeitsmarkt nachweislich dynamischer machen.

In Kompetenzen investieren

Die EU ist noch immer nicht in der Lage, ihren Kompetenzbedarf vorausschauend

zu planen. Kompetenzmangel ist sowohl innerhalb der Arbeitnehmerschaft als auch unter den Erwerbslosen anzutreffen. Die Kommission arbeitet derzeit an einer gemeinsamen mehrsprachigen Klassifizierung von Berufen, Qualifikationen und Kenntnissen oder Kompetenzen, deren erste Fassung Ende 2012 veröffentlicht werden soll. Außerdem plant die Kommission die Vorstellung eines EU-Kompetenzpanoramas („EU skills panorama“) mit einer umfassenden Übersicht über europäische, nationale und sektorenspezifische Beschäftigungschancen und Kompetenzbedürfnisse. Ende 2012 wird ein Europäischer Kompetenzpass eingeführt. Die Kommission fordert die Mitgliedstaaten auf, alle ihnen verfügbaren Mittel des Europäischen Sozialfonds zu mobilisieren, um in arbeitsmarktrelevante Kompetenzen zu investieren. Ende 2012 soll ein EU-Rahmenwerk vorgestellt werden, das sicherstellt, dass Praktika jungen Menschen wirklich nützen.

Verbesserung der geografischen Mobilität

Die Arbeitskräftemobilität in Europa ist zu gering. Die Kommission fordert eine europäische Agenda für die Beseitigung rechtlicher und praktischer Hindernisse für die EU-weite Freizügigkeit von Arbeitnehmern. Der vorhandenen EU-Gesetzgebung soll mehr Nachdruck verliehen werden, und die Arbeit an der Modernisierung der EU-Vorschriften zur Festlegung eines Mindeststandards für Zusatzrentenansprüche von Bürgern, die eine Stelle in einem anderen Mitgliedstaat antreten wollen, wird wieder aufgenommen.

Dem EU-Ministerrat liegt ein Vorschlag der Kommission für die Aktualisierung der Richtlinie über die Anerkennung von Berufsqualifikationen vor. Er zielt darauf ab, die Anerkennung von Berufsqualifikationen weiter zu vereinfachen. Die Mitgliedstaaten sollen mehr dafür tun, die Bürger über die Rechte zu informieren, die sie haben, wenn sie sich entscheiden, in einem anderen Mitgliedstaat zu arbeiten. Außerdem sollen die Mitgliedstaaten den Zugang für Staatsangehörige anderer EU-Länder zu

Stellen im öffentlichen Sektor erleichtern. Arbeitsuchende, die Anspruch auf Arbeitslosengeld haben, sollten diesen Anspruch sechs Monate behalten, wenn sie in einen anderen Mitgliedstaat gehen, um dort Arbeit zu suchen.

Arbeitsplätze und Arbeitsuchende zusammen bringen

Nur 25 000 Arbeitgeber und ungefähr 150 000 Stellen-/Ausbildungsangebote werden jedes Jahr vom europäischen Arbeitsmarktservice EURES („European Employment Services“) veröffentlicht. Er soll daher in ein umfassendes europäisches Beschäftigungsinstrument umgewandelt werden, das darauf ausgelegt ist, die „Passgenauigkeit“ von Stellen bei Vermittlung und Einstellung zu überprüfen („Match and Map“). Vorgesehen ist ein innovatives Selbstbedienungs-Tool in allen europäischen Sprachen. Ab 2013 soll der Match-and-Map-Onlinedienst dem Anwender sofort eine klare geografische Abbildung mit europäischen Stellenangeboten bereitstellen, die zum Profil des Benutzers passen, und individuell Rückmeldung geben, welche Schulungsangebote es gibt, um fehlende Kompetenzen zu erwerben.

Verbesserung der EU-Governance

Die Mitgliedstaaten sind aufgefordert, nationale Beschäftigungspläne zu erstellen, einschließlich eines klaren Zeitplans, wie sie in den nächsten zwölf Monaten eine Reformagenda im Bereich Beschäftigungspolitik für die kommenden Jahre einzuführen gedenken. Die Europäische Kommission empfiehlt, die Beobachtung dieses Bereichs durch verschiedene Stellen zu verstärken. Sie wird ein Benchmarking-System mit ausgewählten Beschäftigungsindikatoren veröffentlichen und einen Anzeiger entwickeln, der ab 2013 die von den Mitgliedstaaten erzielten Fortschritte bei der Umsetzung ihrer Beschäftigungsagenda verfolgt.

Darüber hinaus empfiehlt die Kommission, die EU-Sozialpartner stärker in die Ausarbeitung der wichtigsten strategischen Prioritäten im beschäftigungspolitischen Bereich einzubinden. Die Lohnentwicklung in den Mitgliedstaaten könnte von der Kommission, den Sozialpartnern und dem EU-Ministerrat unter Berücksichtigung von Produktivität, Inflation, Binnennachfrage, Arbeitslosenquote und Einkommensunterschieden überwacht werden.



Dominoeffekt: Unterstützung bei der Schaffung von Arbeitsplätzen sollte sich auf Wachstumsbranchen konzentrieren

© Image Globe



Ein stets angemessenes Rentenniveau ist der Schlüssel

© Image Globe

Angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten

Die Europäische Kommission hat ein Weißbuch zum Thema Pensionen und Renten verabschiedet

Menschen in der EU leben länger – an sich eine enorme Errungenschaft. Gleichzeitig bekommen die Menschen wie in allen wirtschaftlich höher entwickelten Gesellschaften weniger Kinder. Eine Folge hiervon ist, dass die Zahl der erwerbsfähigen Menschen in der Europäischen Union (EU) ab 2013, wenn die ersten geburtenstarken Jahrgänge in den Ruhestand gehen, abnehmen wird. Wie kann dann über längere Zeit ein angemessenes Rentenniveau für immer mehr Rentner und Pensionäre gewahrt werden? Diese Frage stellt sich umso drängender, als die EU mit der seit ihrer Gründung schwersten finanziellen, ökonomischen und sozialen Krise zu kämpfen hat.

Unter ganzheitlicher Perspektive, d. h. unter Zusammenführung all der verschiedenen Aspekte dieses hochkomplexen Themas, wurde die Renten- und Pensionsfrage von der Europäischen Kommission 2010 das erste Mal gestellt, als sie ein Grünbuch (Konsultationspapier) über angemessene, sichere und nachhaltige Pensionen und Renten veröffentlichte. Die Veröffentlichung erfolgte in Verbindung mit der europäischen

Strategie 2020 für ein beschäftigungsintensives, intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum in der EU.

Haushaltsdisziplin

Renten und Pensionen stellen in der Regel den größten Ausgabenposten in den Haushalten der Mitgliedstaaten dar. Im Rahmen des seit 2010 geltenden Economic-Governance-Systems (Europäisches Semester) in der EU hat die Europäische Kommission sich mit den Mitgliedstaaten auf länderspezifische Empfehlungen geeinigt, von denen 16 sich ausdrücklich mit dem Thema Renten und Pensionen befassen. In den Mitgliedstaaten läuft gegenwärtig die Ratifizierung des Vertrags über Stabilität, Koordinierung und Steuerung in der Wirtschafts- und Währungsunion, der im Falle eines übermäßigen Haushaltsdefizits die „automatische“ Verhängung finanzieller Sanktionen vorsieht.

Im Februar 2012 verabschiedete die Europäische Kommission ein Weißbuch, das die länderspezifischen Empfehlungen

untermauert und Empfehlungen gibt, wie trotz Überalterung der Gesellschaft und angesichts der gegenwärtigen Krise angemessene, nachhaltige und sichere Renten und Pensionen gewahrt werden können.

Angemessenheit ist das Hauptanliegen: Schließlich ist die Erhaltung eines angemessenen Renten- und Pensionsniveaus – d. h. eines, das die im Ruhestand befindliche Person vor Armut bewahrt und einen Lebensstandard sicherstellt, der mit dem vergleichbar ist, den sie während ihres Arbeitslebens genossen hat – das, worum es bei Renten und Pensionen geht. Um dies zu erreichen, während die Menschen immer länger leben, stehen die EU-Bürger vor der harten Entscheidung, entweder länger zu arbeiten oder höhere Steuern oder Rentenbeiträge zu zahlen.

Nachhaltigkeit ist ein weiteres wichtiges Anliegen: Tatsächlich ist sie direkt mit dem Thema Angemessenheit verknüpft. Ein System, das nicht nachhaltig ist, wird irgendwann unter dem Gewicht getätigter, aber nicht bezahlbarer Versprechen kollabieren

– und ist somit auch nicht angemessen! Wenn es darum geht, Renten und Pensionen nachhaltiger zu machen, bestünde eine einfache Lösung darin, sie weniger „angemessen“ zu gestalten und zu senken, was sie für den Staat bezahlbarer machen würde... die Rentner und Pensionäre aber ärmer. Wenn die Renten und Pensionen nicht angemessen sind und die Pensionäre in Armut stürzen, bestünde eine einfache Lösung darin, sie anzuheben... was wiederum langfristig ihrer Nachhaltigkeit zuwiderliefe.

Sicherheit ist ebenfalls mit Angemessenheit verknüpft. So gewinnen Altersvorsorgesysteme aller Arten an Bedeutung, allerdings müssen sie ebenso kosteneffizient wie sicher sein, damit sie zuverlässig sind. In einer Zeit, da die großen umlagefinanzierten staatlichen („pay-as-you-go“) Systeme ihre Leistungen einschränken, ist dies ein zentrales Problem.

Durch die ganzheitliche Betrachtung des Rententhemas versucht die Europäische Kommission, in einem überalternden Europa Angemessenheit, Nachhaltigkeit und Sicherheit miteinander in Einklang zu bringen. So kann eine höhere Lebenserwartung sich nicht einfach in immer längeren Rentenzeiten niederschlagen, während die Lebensarbeitszeit unverändert bleibt – dies ist schlichtweg nicht nachhaltig, es sei denn, die Renten und Pensionen würden gekürzt. Die Angemessenheit kann jedoch gewahrt und ordentliche Renten und Pensionen gezahlt werden, wenn die Menschen bereit sind, etwas länger zu arbeiten. Angemessene Renten spielen also eine zentrale Rolle, und Nachhaltigkeit und Sicherheit dienen – heute und auch langfristig – wesentlich der Unterstützung dieses Ziels.

Die Geschlechterfrage

Sehr gut illustriert wird der ganzheitliche Ansatz der Kommission durch die Art und Weise, wie das Weißbuch mit dem Querschnittsthema der geschlechtlichen Gleichstellung umgeht.

Das Fallrecht des EU-Gerichtshofs zeigt, dass es im Bereich der privaten beruflichen



Anrechnung von Pflege: Eine Option, die es zu erörtern gilt

Altersversorgung keinen Unterschied hinsichtlich des Renteneintrittsalters von Männern und Frauen geben darf. Tatsächlich handelt es sich bei der Rente unter diesen Bedingungen im Endeffekt um verzögerte Zahlungen. Insofern stellen sie einen Verstoß gegen die EU-Vorschriften zur gleichen Entlohnung von Frauen und Männern dar. Die EU-Vorschriften gestatten jedoch Unterschiede hinsichtlich des Rentenalters, wenn es um staatliche Sozialrenten geht. Frauen erhalten ihre staatliche Rente üblicherweise fünf Jahre früher als Männer. Die Europäische Kommission bestärkt die Mitgliedstaaten darin, diese Unterschiede abzuschaffen und hat dies als Teil des Europäischen Semesters ausdrücklich gefordert.

Da Frauen im Durchschnitt länger leben als Männer, stellen sie die Mehrheit der älteren Rentenbeziehenden. Dies wiederum, gekoppelt mit ihrer Ungleichbehandlung auf dem Arbeitsmarkt, bedeutet, dass Frauen im Alter stärker armutsgefährdet sind als Männer. Frauen sind in der Regel weiterhin diejenigen, die für die Betreuung von Kindern und älteren Familienangehörigen zuständig sind. Dies führt

dazu, dass sie gegebenenfalls Karrierelücken aufweisen, die häufig gleichbedeutend sind mit Lücken in der Zahlung von Sozial- und Rentenversicherungsbeiträgen in dieser Zeit. Es bleibt daher noch viel zu tun, um Frauen in Zeiten, in denen sie Betreuungsaufgaben übernehmen, abzusichern, um ihnen die Rückkehr auf den Arbeitsmarkt zu erleichtern, und sicherzustellen, dass sie die gleichen Chancen haben, gute Rentenansprüche aufzubauen und nicht stattdessen auf die Rente ihrer Ehemänner angewiesen zu sein.

Die Anrechnung der Betreuung von Kindern oder älteren Familienangehörigen ist eine Option, die diskutiert werden muss – natürlich unter Berücksichtigung der Auswirkungen auf Kosten und Beschäftigungsanreize sowie der Schwierigkeiten, die dies für die immer wichtigeren kapitalgedeckten Altersvorsorgesysteme mit sich bringt.

Weitere Informationen:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=752&langId=de>

Ein europäisches Aktionsjahr

Aktives Altern nützt der ganzen Gesellschaft

2012 ist das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen

Es ist höchste Zeit, uns mehr Gedanken über die Überalterung unserer Bevölkerung zu machen. Da die Baby-Boomer-Jahrgänge beginnen, in den Ruhestand zu gehen, müssen wir anfangen, unsere Gesellschaft umzugestalten, indem auf dem Arbeitsmarkt und in der Gemeinschaft mehr Möglichkeiten für ältere Menschen geschaffen werden. Nur so können sie sich in die Gesellschaft einbringen und aktiv und eigenständig bleiben. Dies wiederum wird die Solidarität zwischen den Generationen stärken.

Wir müssen jetzt handeln – deshalb ist 2012 das Europäische Jahr des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen. Es geht darum, die Chancen zu betonen, die damit verbunden sind, sich mit den Herausforderungen einer rapide alternden Gesellschaft zu beschäftigen, insbesondere

bezüglich der Möglichkeiten, wie ältere Menschen sich auf wirtschaftlicher und gesellschaftlicher Ebene einbringen und ihre Eigenständigkeit wahren können.

Das Europäische Jahr soll bewährte Verfahren aufzeigen und fördern, und es soll dazu beitragen, Hindernisse für aktives Altern zu beseitigen und die Solidarität zwischen den Generationen zu stärken – in beiden Richtungen, von Alt zu Jung und Jung zu Alt. Wir müssen es älteren Menschen einfacher machen, länger erwerbstätig zu bleiben und ihre Erfahrungen weiterzugeben, eine aktive Rolle in der Gesellschaft zu spielen und ein so gesundes und erfüllendes Leben wie möglich zu führen.

Die Herausforderung für Politiker und Akteure – regionale und lokale Behörden ebenso wie Arbeitgeber und Gewerk-

schaften, der Unternehmenssektor, zivilgesellschaftliche Organisationen und Wissenschaftler – besteht darin, dies in so unterschiedlichen Bereichen wie Beschäftigungspolitik, Gesundheitswesen, sozialen Dienstleistungen, Erwachsenenbildung, ehrenamtlichen Tätigkeiten, Wohnungswesen, IT und Verkehr in die Realität umzusetzen.

Aktives Altern kommt der gesamten Gesellschaft enorm zugute. Aber es setzt ein erhebliches Umdenken auf gesellschaftlicher und politischer Ebene voraus. Das Europäische Jahr 2012 ist ein Auftakt für diesen notwendigen Wandel unserer Gesellschaften.

Weitere Informationen:

<http://europa.eu/ey2012/ey2012.jsp?langId=de>



HAPPIER: Länger und glücklicher leben?

Adapted Physical Activity: Bewertung der Auswirkung auf Selbständigkeit und Wohlbefinden älterer Menschen

© Siel Bleu

Eine grenzüberschreitende Studie untersucht den Zusammenhang zwischen körperlicher Aktivität und aktivem Altern

Körperliche Aktivität spielt eine große Rolle, wenn gewährleistet werden soll, dass eine höhere Lebenserwartung mit einem längeren aktiven, würdigen und gesunden Leben einhergeht. Im Jahr 2060 werden doppelt so viele Europäer wie heute über 65 Jahre und jeder Achte über 80 Jahre alt sein.

Die Gesetze, Vorschriften und Vorstellungen im Hinblick auf körperliche Aktivitäten älterer Menschen, die in Senioreneinrichtungen leben, sind von einem europäischen Land zum anderen sehr unterschiedlich. Die einen betrachten sie als reine Freizeitaktivität, andere als Vorbeugung und Mittel zur Stärkung der Eigenständigkeit und der Gesundheit der älteren Menschen.

Die für das europäische Jahr 2012 zuständigen französischen Ministerien und die Association Siel Bleu – ein

etablierter Anbieter von speziell auf die körperliche Betätigung älterer Menschen abgestimmten Programmen – haben deshalb die Durchführung einer Studie mit dem Titel HAPPIER (Healthy Activity and Physical Programme Innovations for Elderly Residents) vorgeschlagen. Diese soll die Effizienz spezieller Bewegungsprogramme (Adapted Physical Activity/ APA-Programme) im Hinblick auf die Lebensqualität der Bewohner von Pflege- und Altersheimen, für die Betreuer/-innen und die Gesamtorganisation von Pflege- und Altersheimen untersuchen.

Die APA-Programme sind für Menschen konzipiert, die aufgrund ihres Alters, einer Krankheit, einer Behinderung oder aus sozialen Gründen keine „klassischen“ körperlichen Aktivitäten durchführen können. Siel Bleu bindet sie mit seinem Ansatz für ältere und hilfebedürftige Menschen ein, um den negativen Folgen inaktiven und bewegungsarmen Alterns

entgegenzuwirken. Anders als bei herkömmlichen Einheits-Sportangeboten beurteilen die ausgebildeten Trainer von Siel Bleu die Bedürfnisse und Ziele jedes einzelnen Teilnehmers und erstellen dementsprechende Aktivitätsangebote.

Die zweijährige HAPPIER-Studie sieht die Durchführung von APA-Programmen in 32 Alten- und Pflegeheimen in Frankreich, Irland, Spanien und Belgien vor. Sie untersucht den Effekt der Programme für ältere Heimbewohner, von Menschen, die wenig Hilfe benötigen, bis hin zu Menschen, die auf einen Rollstuhl angewiesen oder bettlägerig sind. Die Studie schließt auch Menschen mit Alzheimer-Erkrankung und anderen Demenzformen ein.

Weitere Informationen:
www.sielbleu.com

Die HAPPIER-Studie wertet unter anderem aus, wie sich die körperliche Aktivität auf die Alten- und Pflegeheimbewohner sowie auf die Betreuungs- und medizinischen Fachkräfte (Ärzte/Pflegekräfte) auswirkt. In der Hauptsache geht es darum zu untersuchen, wie effektiv sich körperliche Aktivitäten auf die Lebensqualität der Heimbewohner auswirken und wie sie zu einem aktiven Altern und einer guten gesundheitlichen Verfassung beitragen.

Das Projekt fasst die körperliche, die Verhaltens- und die soziale Dimension des Aspekts der Lebensqualität in einem Ansatz zusammen: Verbessern die APA-Programme das körperliche Aktivitätsniveau insgesamt und inter alia den Grad der Eigenständigkeit, des psychischen Wohlbefindens, des Selbstvertrauens und der sozialen Integration der Teilnehmer(-innen)?

Darüber hinaus untersucht das HAPPIER-Projekt die indirekten Auswirkungen solcher Programme auf Alten- und

Pflegeheimrichtungen und ihre Organisation. Da davon ausgegangen wird, dass sich der Grad der Eigenständigkeit der teilnehmenden Heimbewohner dank der APA-Programme verbessert, ermittelt die Studie eventuelle Veränderungen bezüglich der Arbeitsbelastung der Mitarbeiter(-innen) und Verbesserungen der Qualität des Berufslebens – Interaktion mit den Heimbewohnern, emotionale Belastung und allgemeine körperlicher Belastung.

Im Hinblick auf das medizinische Personal untersucht das HAPPIER-Projekt, inwieweit dieses die APA-Programme als „nicht-invasives Diagnose-Instrument“ nutzt, sowie die Bedeutung, die den Stiel-Bleu-Anleitern bei der Anwendung dieses Instruments zukommt.

Die nicht-invasiven Diagnosetechniken bieten den Beschäftigten Einblick in das physische und psychische Wohlbefinden der Heimbewohner in Form eines einfachen Fragebogens, der Indikatoren

für Wohlbefinden und Lebensqualität beinhaltet, sowie mithilfe wöchentlich von den Anleitern vorgenommener Beobachtungen. Erleichtern diese Instrumente den Beschäftigten die Entscheidungsfindung, insbesondere, wenn es um die Beurteilung des Betreuungsbedarfs der Bewohner geht? Ermöglichen sie letztlich eine globalere Betrachtung des Wohlergehens von Heimbewohnern, die gestürzt sind? Hat der Heimbewohner bzw. die Heimbewohnerin, der/die gestürzt ist, an Präventionskursen teilgenommen? Handelt es sich um einen einmaligen Zwischenfall oder ein häufiger auftretendes Vorkommnis?

Es wird eine Gesamtkostenanalyse des Programms durchgeführt. Diese dient als Grundlage für die Entwicklung neuer Finanzierungsmodelle und die Ermittlung neuer Finanzierungsquellen für Präventionsprogramme zur Förderung körperlicher Aktivitäten. Sollte die Studie zu einem positiven Ergebnis kommen, könnte dieses Teil eines europaweiten öffentlichen Gesundheitsprogramms werden.



Adapted Physical Activity kann sich auch positiv auf Seniorenheime auswirken

© Stiel/Bleu



Schüler/-innen führen Senioren ans Internet heran

Kommunizieren dank vereinfachter Computersprache

© Europäische Union

Junge Ehrenamtliche und Senioren tauschen über Eldy-Plattform gegenseitig Werte aus

Die Eldy NGO ist eine italienische Nichtregierungsorganisation, die in einem Projekt für über 50-Jährige mittels moderner Technologien die soziale Eingliederung, aktives Altern sowie Gesundheit und Solidarität zwischen den Generationen fördert. Das Projekt kombiniert leicht bedienbare und zugängliche Technologie mit persönlicher Betreuung und führt verschiedenste Aktivitäten in einem breiten Spektrum politischer Bereiche durch, die für ältere Menschen und Menschen im Ruhestand oder mit Behinderungen von Bedeutung sind.

Ältere Menschen haben häufig keine Computerkenntnisse. Zur Förderung des aktiven Alterns durch die Reduzierung dieser digitalen Kluft führte Eldy 2011 ein generationenübergreifendes Projekt mit dem Titel „Young and seniors

online together with Eldy“ (Jung und Alt gemeinsam online mit Eldy) durch: Junge Menschen betätigten sich als Tutoren und gaben ihr technologisches Wissen über eine vereinfachte Plattform namens Eldy an ältere Menschen weiter.

Eldy ist ein kostenloses (auf www.eldy.eu erhältlich) Software-Paket, das von der Eldy NGO konzipiert und entwickelt wurde, um älteren Bürgerinnen und Bürgern die Nutzung von Computern und den Zugang zum Internet zu erleichtern. Weltweit verzeichnet es mehr als 400 000 Benutzer. Die Software wurde speziell für ältere Menschen entwickelt und arbeitet mit sechs Schaltflächen mit großer Schrift, starken Farbkontrasten und einer vereinfachten Sprache, um den Bedürfnissen von Menschen über 55 Jahren gerecht zu werden und ihnen den Zugriff

zu Online-Diensten zu erleichtern, die ihre Lebensqualität verbessern.

Am Projekt „Young and seniors online together with Eldy“ beteiligten sich über 20 000 Menschen aus ganz Italien: Schülerinnen und Schüler aus Grund- und weiterführenden Schulen, Lehrer, Senioren und Behörden. Dank des Projekts und der im Rahmen von Eldy vermittelten Computersprache waren letztendlich zwei verschiedene Generationen in der Lage, Werte und ihr Wissen weiterzugeben und auszutauschen.

Die Schülerinnen und Schüler machten die Erfahrung, ehrenamtlich als „digitale Vermittler“ tätig zu sein, die älteren Menschen Computer-Grundkenntnisse vermitteln: wie man eine E-Mail versendet, im Internet surft, um Informationen zu finden, wie man Chats

nutzen kann, um neue Menschen kennenzulernen und mit Familienangehörigen in Verbindung zu bleiben, per Videokonferenz zu kommunizieren oder Dokumente und digitale Fotos zu verwalten. Sie schulten Senioren vor Ort (z. B. ihre Eltern zu Hause, ihre Großeltern, Verwandten, Freunde und Nachbarn), schlüpften innerhalb dieses Prozesses in eine vollkommen neue Rolle – die des Lehrenden – und entwickelten sich selbst aufgrund der neuen Beziehungen und der neuen Verantwortung weiter.

Die Senioren wiederum machten eine sehr außergewöhnliche Erfahrung: Sie wurden wieder Schüler und stellten sich der Herausforderung, sich mit der Informations- und Kommunikationstechnologie vertraut zu machen, um mit der Zeit zu gehen. Dank Eldy und der von den Schülerinnen und Schülern vermittelten Informationen hatten sie Gelegenheit, sich einfach, schnell und interaktiv theoretische und praktische Computerkenntnisse anzueignen. Durch die Kommunikation mit den jungen Menschen, ehrenamtlichen NRO-Mitarbeitenden und anderen Senioren der Eldy-Community entwickelten sie sowohl technologische als auch soziale Kompetenzen.

Solidarität

Zentraler Baustein des Projekts war die Eldy-Software, die nicht nur das Lehren und Lernen vereinfachte, sondern zudem im Sinne der Hauptprinzipien des Europäischen Jahrs des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen die Interaktion und Solidarität zwischen Jung und Alt verbesserte.

Der gegenseitige Austausch von Werten, Fähigkeiten, Wissen und Kompetenzen im Rahmen dieser für die Älteren wie auch die Jüngeren ethisch und menschlich bereichernden gemeinsamen Erfahrung verband zwei weit voneinander entfernte Generationen.

Die jungen Menschen gaben nicht nur ihre technologischen Kenntnisse und Fähigkeiten weiter, um den Älteren Computerkenntnisse zu vermitteln, sondern brachten im Rahmen eines interaktiven und wechselseitigen Dialogs mit den Erwachsenen auch ihre Gefühle, Ideen und Erwartungen zum

Ausdruck. Die ältere Generation ihrerseits konnte nicht nur technologische Kompetenzen erwerben, sondern auch Erinnerungen, Erfahrungen, ethische Werte und ihr Wissen weitergeben. So erzählten die Älteren beispielsweise über ihre Vergangenheit, historische Ereignissen, ihre Familien, ihre Interessen und Dinge, die sie gelernt haben, und bereicherten auf diese Weise die jungen Schülerinnen und Schüler auf kultureller und Beziehungsebene.

Das Projekt „Young and seniors online together with Eldy“ wurde vom Ministerium für Soziales und von verschiedenen öffentlichen Stellen in ganz Italien sowie anderen, privaten Sponsoren gefördert, die das soziale Engagement ihres Unternehmens verstärken wollten. Die Behörden haben bestätigt, dass diese Initiative eine Möglichkeit sei, mittels IKT die digitale Integration zu fördern und somit älteren Bürgerinnen und Bürgern bessere Möglichkeiten zu bieten, am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.

Der innovative Ansatz der Eldy-Plattform, jahrelange Erfahrungen mit der digitalen Integration, der Einsatz einer großen lebendigen Community von 400 000 Benutzern und das Engagement der stets hilfsbereiten ehrenamtlichen Teilnehmerinnen und Teilnehmer – all diese Faktoren trugen zum großen Erfolg des Projekts bei. Und es erzielte wahrhaftig positive Ergebnisse in puncto digitale Kompetenz und Solidarität zwischen den Generationen.

Win-win

„Das Projekt war sehr nützlich für mich. Vorher konnte ich keinen Computer bedienen, aber dank Eldy und meiner Tutorin kann ich es jetzt. Für mich war das eine sehr konstruktive Erfahrung und ich denke, das könnte sie auch für viele andere Menschen sein. Vielen Dank für diese Chance.“ – Paolo, 65 Jahre.
„Mit der Hilfe meiner Enkelin habe ich gelernt, wie ein echter Teenager im Internet zu surfen. Ich fühle mich bei der Bedienung eines Computers zwar immer noch unsicher, aber ich will mit Eldy auf jeden Fall noch mehr lernen!“ – Carla, 71.
„Es war eine sehr interessante Erfahrung, die mich sehr beeindruckt hat, weil ich zum ersten Mal in meinem Leben auf der Lehrerseite stand.“ – Nicole, 18.
„Dieses Projekt hatte eine große gesellschaftliche Bedeutung: Es ermöglichte es mir, andere Menschen kennenzulernen, mit ihnen zu interagieren, manchmal auch Spaß zu haben, ihnen beizubringen, wie man Computer bedient...“ – Laura, 17.
„Mir gefällt vor allem, dass, während normalerweise die Älteren uns etwas beibringen, wir die Gelegenheit haben, ihnen etwas beizubringen!“ – Alberto, 16.

Weitere Informationen:

<http://www.eldy.eu>



Eine große und interessierte Gemeinschaft von 400.000 Nutzern

© Europäische Union



Alt oder jung? Die Definitionen variieren von Land zu Land beträchtlich

© iStock

Eine Lücke zwischen Menschen und Entscheidungsträgern

Nur wenige Europäer sind angesichts der Alterung der Bevölkerung besorgt

Ein Problem ist sicherlich die Sensibilisierung für das Thema aktives Altern: Obwohl sich 71 % der im Rahmen einer im September und Oktober 2011 durchgeführten Eurobarometer-Umfrage Befragten über die Alterung der europäischen Bevölkerung im Klaren sind, finden nur 42% diese Entwicklung besorgniserregend. Nur jeder Dritte glaubt, dass das offizielle Renteneintrittsalter bis 2030 angehoben werden muss, wobei allerdings von Land zu Land große Unterschiede bestehen.

53% lehnen die Idee eines obligatorischen Renteneintrittsalters ab, und 61% befürworten die Idee, dass man darüber hinaus arbeiten dürfen sollte. 42% der Befragten glauben, dass sie ihrer jetzigen Tätigkeit bis zu ihrem 65. Lebensjahr bzw. darüber hinaus nachgehen können; 17% hingegen erwarten, dass sie ihre jetzige Tätigkeit nicht bis zum 60. Lebensjahr ausüben können.

Die Eurobarometer-Umfrage wurde in der Europäischen Union (EU) sowie in

Norwegen, der ehemaligen jugoslawischen Republik Mazedonien, der Türkei, Kroatien und Island durchgeführt. Ihre Ergebnisse wurden am 13. Januar 2012 von der Europäischen Kommission vorgestellt und markierten den Beginn des Europäischen Jahres des aktiven Alterns und der Solidarität zwischen den Generationen 2012.

Die Umfrage deckt fünf Bereiche ab: die allgemeine Wahrnehmung von Altsein und älteren Menschen, ältere Menschen am Arbeitsplatz, Ruhestand und Renten, ehrenamtliche Arbeit und altersfreundliches Umfeld.

When I am 64 🎵

Zuallererst: Was meinen wir mit „alt sein“? Die Antworten der Befragten ergaben im Durchschnitt, dass man ab kurz vor dem 64. Lebensjahr als alt und ab einem Alter von 41,8 nicht mehr als jung gilt. Die Umfrage zeigt, wie stark sich die Definitionen von „jung“ und „alt“ in den

einzelnen Ländern unterscheiden. Für 21% der Befragten hört man mit 21 bis 30 Jahren auf, jung zu sein! Menschen ab 55 sagen von sich eher, sie seien „mittleren Alters“, nicht „alt“...

Wie werden „alte“ Menschen wahrgenommen? 28% der Befragten sind der Ansicht, dass Menschen ab 55 in ihrem Land negativ wahrgenommen würde, insbesondere in Mittel- und Osteuropa (Ungarn 61%, Tschechische Republik 54%, Lettland 52%, Rumänien 49%, Bulgarien und Slowakei 48%, Kroatien 49%).

Es gibt verschiedene Ansichten dazu, ob ältere Menschen eine aktivere Rolle in der Gesellschaft spielen sollten als dies bisher der Fall ist, und verhältnismäßig wenige Menschen haben den Eindruck, ältere Menschen leisteten ehrenamtlich einen Beitrag. Ehrenamtliche Tätigkeiten werden in den Niederlanden und Deutschland positiver bewertet als in Rumänien, Bulgarien und Litauen. Jeder Fünfte war schon Opfer oder Zeuge von Altersdiskriminierung am Arbeitsplatz.

Die Befragten gaben an, dass die Erfahrung älterer Menschen am Arbeitsplatz ihr wichtigster Vorteil ist; allerdings sind Stereotypen weit verbreitet. Jüngere Kolleginnen und Kollegen schätzen die Zuverlässigkeit der Älteren, die Leichtigkeit, mit der sie eigenständig Entscheidungen treffen, und ihre Fähigkeit, Probleme zu lösen.

Die meisten Menschen sind der Meinung, dass sie über das 60. Lebensjahr hinaus arbeiten können: 28 %, bis sie 60–64 Jahre alt sind, und 31 %, bis sie 65–69 Jahre alt sind. Achtzig Prozent sind der Meinung, dass sie bis zum 65. Lebensjahr derselben Tätigkeit nachgehen können, wobei die Erwartungen von Mitgliedstaat zu Mitgliedstaat stark voneinander abweichen: Im Vereinigten Königreich und Ungarn glaubt jeder Vierte, dass er bis zum 65. Lebensjahr seinen Arbeitsplatz wechseln wird, in Frankreich, Slowenien und Litauen zwei von fünf Befragten.



Flexibilität

Sechzig Prozent der EU-Bürgerinnen und -Bürger sind der Meinung, dass man über das offizielle Renteneintrittsalter hinaus arbeiten dürfen sollte. In Griechenland, Rumänien, Italien und Slowenien findet diese Meinung nicht im gleichen Umfang Zustimmung: Hier sind 60 % der Meinung, dass man aufhören sollte zu arbeiten, sobald man das offizielle Renteneintrittsalter erreicht hat.

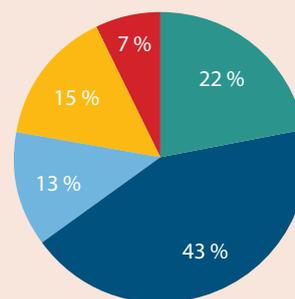
Mehr als die Hälfte der Befragten wollen nach dem offiziellen Renteneintrittsalter nicht weiterarbeiten. Am augenfälligsten ist dies in Slowenien, Griechenland, Belgien und Frankreich, wo 70 % die Frage verneinten. Über die Hälfte der Befragten in Dänemark, dem Vereinigten Königreich, Estland und Island gaben an, nach Erreichen des Alters, in dem sie Anspruch auf eine Rente haben, arbeiten zu wollen. Derzeit liegt das durchschnittliche Erwerbsaustrittsalter bei 61,5 Jahren.

Die Mehrheit spricht sich gegen die Idee von einem obligatorischem Renteneintrittsalter aus. Über die Hälfte der Befragten in der EU sind der Meinung, dass es kein obligatorisches Alter geben sollte, in dem man zu arbeiten aufhören muss. Die Kombination von Arbeit und Ruhestand scheint für zwei Drittel der EU-Bürgerinnen und -Bürger attraktiv zu sein.

Ungefähr ein Viertel der Befragten (einschließlich der über 55-Jährigen) geben an, ehrenamtlich tätig zu sein. Zwei Drittel haben in den letzten zwölf Monaten in irgendeiner Form „inoffizielle“ ehrenamtliche Tätigkeiten außerhalb ihres eigenen Haushalts übernommen: emotionale Unterstützung, Kochen, Saubermachen, Gartenarbeit etc. 36 % der Befragten über 55 haben Unterstützung dieser Art geleistet. 15 % der Befragten über 55 betreuen ein älteres Familienmitglied, und 42 % haben dies in der Vergangenheit getan.

Viele Europäerinnen und Europäer sind der Meinung, dass die Regierungen mehr tun können, um Betreuende zu unterstützen, insbesondere durch finanzielle Unterstützung (44 %), flexible Arbeitszeitangebote (38 %), Pflegezeit (35 %) und Anrechnung von Betreuungszeiten auf die Rente (33 %).

Wenn es möglich wäre, anstatt eines kompletten Ruhestands eine Teilzeit-Stelle mit einer Teil-Rente zu kombinieren, wie würde Ihnen diese Alternative gefallen?



- Sehr viel mehr
- Eher mehr
- Eher weniger
- Sehr viel weniger
- Ich weiß nicht

Quelle: Spezial Eurobarometer 378 - "Aktives altern"

Allgemein sind die Befragten der Meinung, dass ihr Land und die jeweilige Region „altersfreundlich“ sind, dass das Umfeld auf die Bedürfnisse älterer Menschen abgestimmt ist. Dennoch sind Verbesserungen erforderlich, insbesondere im Hinblick auf Einrichtungen für ältere Menschen, um fit und gesund zu bleiben (42 %), öffentliche Verkehrsmittel (40 %) sowie in puncto Straßen/Verkehrssicherheit (31 %). Öffentliche Bereiche wie Parks (25 %), Kaufhäuser (17 %) und öffentliche Gebäude (15 %) werden als nicht so problematisch eingestuft.

Weitere Informationen:

<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?langId=de&catId=89&newsId=1161>



Win-win-Lösungen für Jung und Alt gleichermaßen

Lenia Samuel und Ralf Jacob sind bei der Europäischen Kommission für das Europäische Jahr 2012 zuständig

Warum gerade 2012 ein Europäisches Jahr zum aktiven Altern?

Lenia Samuel: Die Baby-Boomer-Jahrgänge beginnen, in den Ruhestand zu gehen, sodass wir bald die Auswirkungen einer alternden Bevölkerung zu spüren bekommen werden. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt, etwas zu unternehmen. Und der Schlüssel für die Bewältigung der mit dem demographischen Wandel verbundenen Herausforderungen ist aktives Altern. Hiermit gemeint ist, dass ältere Menschen mehr Möglichkeiten bekommen

sollten, sich in die Gesellschaft und die Wirtschaft einzubringen und ihr Leben selbst in die Hand zu nehmen. Hierfür sind in vielen Bereichen Änderungen erforderlich. Ziel des Europäischen Jahres ist es, politische Entscheidungsträger und Akteure (Sozialpartner, NRO) in ganz Europa und auf allen Ebenen zu Zusage zu bewegen, bessere Bedingungen für aktives Altern zu schaffen. Nur wenn jeder und jede Einzelne bereit ist, einen eigenen Beitrag zu leisten und konkret etwas zu unternehmen, lässt sich aktives Altern in die Praxis umsetzen. Wir wollen,

dass es ein Europäisches Jahr der Taten, nicht nur der Worte ist.

Aktives Altern steht auf der Agenda, seit die Europäische Union 1997 ihre Beschäftigungsstrategie vorgestellt hat...

Ralf Jacob: Bislang wurde aktives Altern nur in Verbindung mit dem Arbeitsmarkt gesehen. Jetzt verfolgen wir einen umfassenderen Ansatz, der die Teilhabe an der Gesellschaft berücksichtigt, d. h. die Anerkennung der Rolle älterer

Menschen als Ehrenamtliche und Betreuer, sowie ein eigenständiges Leben, d. h. die Gewährleistung, dass Menschen möglichst lang eigenständig leben können.

Was bedeutet diese breitere Definition von aktivem Altern für die Praxis?

Lenia Samuel: In puncto Beschäftigung bedeutet es, geeignete Arbeitsplätze zu schaffen und die Anreize für ältere Menschen zu verstärken, länger auf dem Arbeitsmarkt zu bleiben. Teilhabe an der Gesellschaft bedeutet sicherzustellen, dass ältere Menschen ein angemessenes Einkommen haben, das es ihnen ermöglicht, eigenständig zu bleiben, und dass sie die Möglichkeit bekommen, ehrenamtlich tätig zu sein. Ein eigenständiges Leben setzt voraus, dass auf lokaler Ebene ein altersfreundliches Umfeld geschaffen und ein gesundes Leben ermöglicht wird. Es bedeutet auch zu prüfen, ob das Wohnumfeld, die Infrastruktur etc. auf die Bedürfnisse älterer Menschen zugeschnitten sind. Und das hilft natürlich auch Menschen mit Behinderungen oder Eltern kleiner Kinder. Ein Umfeld, das gut für ältere Menschen ist, ist gut für Menschen jeden Alters.

Der vollständige Titel des Europäischen Jahrs lautet „Aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen“. Warum?

Ralf Jacob: Eines der Ziele des Europäischen Jahres ist die Bekämpfung von Stereotypen und veralteten Vorstellungen wie: „ältere Menschen können nicht aktiv sein, weil sie nicht gesund sind“ oder „sie sind weniger produktiv, sie sind eine Last für die Gesellschaft“ etc. Diese Vorstellungen können in einer Gesellschaft, in der jüngere Menschen das Gefühl haben können, dass sie – angesichts der Renten und langfristigen Betreuung der wachsenden Zahl älterer Menschen – eine zu große Last tragen, Uneinigkeit stiften. Indem wir den Beitrag älterer Menschen hervorheben und bessere Möglichkeiten für sie schaffen, ihr volles Potenzial auszuschöpfen, können wir diese Wahrnehmung überwinden und es älteren Menschen ermöglichen, die Jüngeren mehr zu unterstützen. Im Gegenzug werden jüngere Menschen, sobald ältere Menschen den Punkt erreichen, an dem sie Unterstützung benötigen, eher bereit sein, Opfer zu bringen, damit sie in

Würde leben können. Aktives Altern ist eine Win-win-Lösung für Jung und Alt.

Wir real ist die Gefahr eines Konflikts zwischen den Generationen?

Lenia Samuel: Wenn es immer mehr ältere Menschen gibt und wir dieselben Verhaltensmuster wie früher beibehalten, insbesondere in puncto Ruhestand, wird die Last für die Jüngeren bald zu schwer. Wir müssten die schwierige Entscheidung treffen, ob wir für eine stetig steigende Zahl älterer Menschen angemessene Renten, Pensionen und soziale Sicherheit durch hohe Steuern und Beitragslasten für die Jungen aufrechterhalten oder Armut und Entbehrung im Alter in Kauf nehmen, wenn die Steuern und Beiträge auf dem heutigen Niveau bleiben. Dies könnte zu einem Generationenkonflikt führen. Dennoch lassen die letzten Eurobarometer-Umfragen (s. S. 19) nur wenig auf Spannungen zwischen den Generationen schließen. Vielleicht, weil die Menschen sich in die Zukunft versetzen, wenn sie selbst alt sind, und weil ältere Menschen junge Verwandte, Kinder und Enkel haben, um die sie sich kümmern.



Nach jüngsten Untersuchungen gibt es zurzeit wenige Anzeichen für Spannungen zwischen den Generationen

Höheres Beschäftigungsniveau unter älteren Arbeitnehmern unabdingbar

Eurofound – eine EU-Agentur, die Fachwissen zu Lebens- und Arbeitsbedingungen, Arbeitsbeziehungen und das Management von Änderungen in Europa anbietet – nennt fünf Gründe, warum die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer steigen wird: Der Arbeitskräftemangel wird andauern, es wird weniger körperlich belastende Arbeitsplätze geben, die Gesundheit wird sich weiter verbessern; die zukünftigen Jahrgänge werden besser ausgebildet sein; mehr Frauen, insbesondere ältere Frauen, werden einen Arbeitsplatz haben, und vergleichsweise ältere Arbeitnehmer werden das relative Einkommen dieser Gruppe reduzieren.

Verbesserungspotenzial

Bei der Eröffnungskonferenz zum Europäischen Jahr am 18. Januar 2012 in Kopenhagen (Dänemark) forderte der Dänische Minister für Soziales und Integration die Umschulung und Einstellung älterer Menschen auf dem Arbeitsmarkt, die Gewährleistung eines längeren und sicheren Zugangs zum lebenslangen Lernen, die Schaffung flexibler Arbeitsbedingungen für ältere Menschen sowie sicherere und gesündere Arbeitsplätze. Zudem müssen ältere Menschen bezüglich ihrer aktiven Teilhabe an der Zivilgesellschaft unterstützt werden, z. B. durch ehrenamtliche Tätigkeiten, um europäischen Bürgerinnen und Bürgern zu helfen, ein gesundes und körperlich aktives Leben zu führen, und Stereotypen bekämpft werden. Es dreht sich alles um die Schaffung eines altersfreundlichen Umfelds und das Empowerment älterer Bürgerinnen und Bürger.

Der Ende 2011 veröffentlichten Eurobarometer-Umfrage zufolge würden zwei Drittel der EU-Bürgerinnen und -Bürger gerne eine Teilrente mit einem Teilzeit-Job kombinieren...

Ralf Jacob: Ja, das sind ziemlich gute Neuigkeiten. Gleichzeitig akzeptieren aber die meisten Europäerinnen und Europäer nicht die Notwendigkeit, das Renteneintrittsalter anzuheben. Die Europäerinnen und Europäer scheinen eher bereit zu sein, sich bietende Gelegenheiten zu ergreifen, wenn sie sich dem Renteneintrittsalter nähern oder es überschritten haben. Ich bin der Meinung, dass wir bereit sind für das aktive Altern, und es ist an der Zeit, Hindernisse, die ältere Menschen am Arbeiten hindern, wie das obligatorische Renteneintrittsalter oder Nachteile für Rentner, die zusätzlich Geld verdienen wollen, zu beseitigen. Dennoch entwickeln sich die Dinge positiv. Interessanterweise ist die Beschäftigungsrate älterer Arbeitnehmer in der derzeitigen Rezession nicht zurückgegangen. Sie ist sogar etwas gestiegen. Dies ist das Gegenteil von dem, was man normalerweise erwarten würde.



Wird der Baby-Boom das Alter so revolutionieren wie er schon 1968 die Gesellschaft revolutionierte?

Lenia Samuel: Die 68er-Generation ist genau die Generation, die jetzt in den Ruhestand geht... Die Baby-Boom-Jahrgänge sind zahlenmäßig größer als die vorangegangenen. Sie sind auch gesünder: Weniger von ihnen werden ein beschwerliches Arbeitsleben hinter sich haben. Sie haben einen höheren Bildungsstand. All dies begünstigt das aktive Altern. Darüber hinaus haben sie hohe Erwartungen, und viele von ihnen wollen die durch das aktive Altern gebotenen Möglichkeiten voll ausschöpfen. Es gibt also gute Gründe, optimistisch zu sein.

Ihr Ziel ist es, bis Ende 2012 eine Reihe gemeinsamer Grundsätze zu verabschieden. Haben Sie schon eine Idee, welche Art von Grundsätzen verabschiedet werden?

Ralf Jacob: Das Europäische Jahr ist kein Endpunkt, sondern ein Anfang. Die gemeinsamen Grundsätze werden die Schlüsselbereiche benennen, in denen Maßnahmen erforderlich sind, um aktives Altern zu ermöglichen. Bei der Eröffnungskonferenz zum Europä-

ischen Jahr gab der Dänische Minister für Soziales und Integration einen guten Einblick, welche gemeinsamen Grundsätze dies sein könnten (s. Kasten).

Inwieweit steht das Europäische Jahr in Verbindung mit der 2010 verabschiedeten Europa-2020-Strategie für Wachstum und Beschäftigung?

Lenia Samuel: Zwei der Europa-2020-Ziele können wir nicht ohne aktives Altern erreichen: eine Erwerbstätigenquote von 75% und eine Senkung der von Armut betroffenen Menschen um 20 Millionen. Das Beschäftigungsziel setzt voraus, dass mehr junge und mehr ältere Menschen, insbesondere Frauen, einen Arbeitsplatz haben. Und wir können ältere Menschen nicht aus der Armut führen, ohne ihnen angemessene Renten und Pensionen sowie ein Mindesteinkommen zu sichern, wofür sie wiederum auf ein hohes Beschäftigungsniveau angewiesen sind und eine gute Balance zwischen Berufs- und Rentenjahren benötigen. Das ist auch eine der in den Jahreswachstumsberichten der Kommission zu findenden Hauptbotschaften, die auch im Weißbuch Pensionen und Renten aufgegriffen wird, das sich mit der Frage befasst, wie sich ein ausgewogenes Verhältnis von Arbeits- und Rentenzeiten erreichen lässt.



Europa 2020 - die soziale Dimension

Die sozialen Sicherungssysteme haben seit Beginn der Krise eine entscheidende Rolle gespielt

Integratives Wachstum ist eines der Hauptziele der Gesamt-Wirtschaftsstrategie der Europäischen Kommission

2012 erweist sich als ein wirtschaftlich und sozial sehr herausforderndes Jahr. Die Arbeitslosenquote in der Europäischen Union (EU) erreichte im Dezember 2011 9,9%, mit großen Unterschieden je nach Land: 22,9% in Spanien gegenüber 4,9% in den Niederlanden.

Die Jungen tragen einen großen Teil der Last; gleichzeitig war die Jugendarbeitslosigkeit, insbesondere in Griechenland, Spanien, Litauen und Portugal, Ende 2011 sehr hoch. Die Anzahl der Menschen, die verschiedene Formen der Armut – und somit Ungleichheit – erfahren, nimmt EU-weit zu: Kinderarmut und soziale Ausgrenzung, aber auch Gesundheitsprobleme und im Extremfall Obdachlosigkeit.

Die Chancen, dass 2012 Arbeitsplätze geschaffen werden, sind gering. Gut konzipierte Beschäftigungs- und Ausbildungsstrategien sind deshalb umso wichtiger, um Armut und soziale Ausgrenzung zu reduzieren.

Die Wahrscheinlichkeit einer längerfristigen Rezession sollte die politischen

Entscheidungsträger in allen EU-Mitgliedstaaten veranlassen, sich die Wichtigkeit der Sozialschutzsysteme sorgfältig vor Augen zu führen. Seit Beginn der Krise haben sie eine zentrale Rolle für den Schutz und die Gewährleistung von Dienstleistungen gespielt, nicht nur für schutzbedürftige Menschen, sondern für die gesamte Bevölkerung. Sie stützen die Eingliederung in den Arbeitsmarkt und in die Gesellschaft im Allgemeinen und verhindern die Ausgrenzung schutzbedürftiger Personengruppen.

Während die öffentlichen Ausgaben aufgrund der Defizite und Schulden auf allen Ebenen unter Druck stehen, sprechen starke Argumente dafür, keine voreiligen Einschnitte bei den Sozialausgaben vorzunehmen, bis das Wachstum wieder einsetzt. Zudem gibt es Spielraum für die Verbesserung der Effektivität der Sozialschutzsysteme.

Im Sozialbereich stellt sich oft die Frage „Was kann die EU tun?“ – hat sie die Kraft, in diesem Bereich zu handeln, ist das sinnvoll? Die Antwort lautet ja, da eine Gesellschaft ohne soziale

Ausgrenzung einer der Werte ist, die die EU-Mitgliedstaaten miteinander teilen und verteidigen. Dies kommt bei politischen Entscheidungen, die auf europäischer, nationaler oder lokaler Ebene getroffen werden, zum Tragen. Tatsächlich sind beinahe drei Viertel der Europäischen Bürgerinnen und Bürger der Meinung, dass die EU bei der Armutsbekämpfung eine Rolle spielen sollte.

20 Millionen Menschen aus der Armut führen

Integratives Wachstum ist das Hauptziel der Europa-2020-Strategie – des wirtschaftlichen Rahmenplans für die Gewährleistung eines langfristigen und nachhaltigen Wachstums, Wohlstands und Arbeitsplatzangebots, deren Ziel lautet, bis 2020 die Zahl der von Armut oder sozialer Ausgrenzung betroffenen Personen um 20 Millionen zu senken.

In der Kommission nimmt die Generaldirektion Beschäftigung, Soziales und Integration (GD EMPL) bei der Umsetzung dieses Ziel eine führende Rolle ein. Sie

ist zuständig für die Beschäftigungs- und sozialen Aspekte der Europa-2020-Strategie. Sie verwaltet die finanziellen Mittel für die Unterstützung der Umsetzung und versucht sicherzustellen, dass die produktivsten Bereiche wie Bildung, Einkommenssicherungsmaßnahmen für schutzbedürftige Personen und Arbeitsmarktaktivierungsmaßnahmen bei den laufenden Haushaltskonsolidierungsmaßnahmen ausgespart werden.

Die GD EMPL unterstreicht die Notwendigkeit, die Lebensqualität der Menschen durch konkrete auf bestimmte Gruppen ausgerichtete Maßnahmen, z. B. Roma, Jugendliche und Kinder, aufrechtzuerhalten. Auf makroökonomischer Ebene stellt sie die sozialen Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen heraus. Wie wirkt sich die Anhebung indirekter Steuern auf Einkommensschwache aus? Gewährleisten die derzeitigen Rentenreformen älteren Menschen ein angemessenes Einkommensniveau? Die sozialpolitische Agenda – soziales Europa – betrifft nicht eine kleine ausgewählte Gruppe, sondern jeden.

Die im Rahmen der Europa-2020-Strategie verfügbaren operativen Instrumente – einschließlich der Überprüfung des Fortschritts der Länder hinsichtlich der EU-Ziele und länderspezifischen Empfehlungen im Falle größerer Probleme im Zusammenhang mit Arbeitsmärkten, Renten oder Armutsentwicklungen – ermöglichen der GD EMPL die Stärkung der sozialpolitischen Agenda auf europäischer und nationaler Ebene.

Über den Ausschuss für Sozialschutz haben die Mitgliedstaaten einen gemeinsamen Fahrplan für die Schritte vereinbart, die unternommen werden müssen, um die europäische Gesellschaft integrativer zu machen. Sie erhalten finanzielle Unterstützung für die Umsetzung der EU-2020-Prioritäten, insbesondere durch den Europäischen Sozialfonds (ESF), dem Hauptfinanzierungsinstrument für Investitionen in Menschen.

Im neuen Programmplanungszeitraum (2014–2020) wird der ESF stärker auf die Europa-2020-Strategie abgestimmt.

Er wird zur Umsetzung der Armutsbekämpfungsziele beitragen. Vorgesehen ist, dass die Mitgliedstaaten mindestens 20% ihrer ESF-Gesamtmittel dem Ziel „Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung“ widmen sollten.

Die Europäische Kommission fördert Bemühungen und Fortschritte, die dem Armutsbekämpfungsziel dienen. Zu diesem Zweck hat sie eine von der GD EMPL zu leitende Europäische Plattform zur Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung ins Leben gerufen. Die Plattform soll dazu dienen, eine gemeinsame Verpflichtung der Mitgliedstaaten, der Institutionen der Europäischen Union und der beteiligten Akteure zu erreichen und die Koordination eines breiten Spektrums von Partnern beim Kampf gegen Ausgrenzung, u. a. im Bereich Gesundheit und digitale Integration, zu unterstützen. Sie legt Ideen für Innovationen und Verbesserungen vor, die helfen können, die Arbeit jedes Einzelnen effektiver zu gestalten, indem Ressourcen dort gebündelt werden, wo sie die größte Wirkung haben.



Drei Viertel der EU-Bürger glauben, dass Europa bei der Armutsbekämpfung eingreifen muss

© Image Globe

Wichtige Teile, die im Puzzle fehlen

Anne-Sophie Parent: Es ist eine viel umfangreichere Agenda notwendig, die bessere Arbeitsplätze und effektive Maßnahmen auf EU-Ebene fördert

© Anne-Sophie Parent

Die mit der Überalterung der Bevölkerung verbundenen Herausforderungen sind seit Jahrzehnten bekannt. Man war der Meinung, dass die Verantwortung für die Bewältigung dieser Problemen bei den Mitgliedstaaten liegt, und die Europäische Kommission erinnerte diese lediglich in regelmäßigen Abständen daran, mit der Planung von Reformen zu beginnen, um die öffentlichen Haushalte langfristig im Einklang mit dem Stabilitätspakt unter Kontrolle zu behalten. Der seinerzeit unterbreitete Lösungsvorschlag bestand darin, die Menschen etwas länger im Erwerbsleben zu halten, um die öffentlichen Haushalte zu entlasten. Die Debatte wurde hauptsächlich von Ökonomen geführt und basierte auf Prognosen zur Abhängigkeitsquote und deren voraussichtlichen Auswirkungen auf die öffentlichen Ausgaben.

Heute ist der Kontext ein ganz anderer: Europa durchlebt die schwierigste Zeit seit dem Zweiten Weltkrieg, und die Staatsschuldenkrise erfordert starke EU-Initiativen, um uns aus dieser schwierigen Situation zu retten. Während des letzten Jahrzehnts ist unser Wirtschaftsmodell, das auf einer die Arbeitnehmer und Bürger entpersonalisierenden Vorstellung basierte, außer Kontrolle geraten. Die Ungleichheiten nehmen bedrohlich zu, und nur sehr wenige Glückliche profitieren von dem erzeugten Wohlstand. Vor diesem Hintergrund ist es unrealistisch und unfair, von den Bürgerinnen und Bürgern aller

Altersgruppen zu erwarten, Jahrzehnte voller Mühsal auf sich zu nehmen, solange ihre Mühen größtenteils eben diesen wenigen Glücklichen zugute kommen, anstatt unserer Wirtschaft aus dem Tief zu helfen und die Effektivität, Angemessenheit und Nachhaltigkeit unserer Sozialschutzsysteme zum Wohle aller Generationen zu verbessern.

Es wurden gleichzeitig mehrere EU-Initiativen auf den Weg gebracht, die dem Ziel dienen, die „Überlastung“ der öffentlichen Haushalte aufgrund der starken das Renteneintrittsalter erreichenden Baby-Boom-Jahrgänge abzuwenden. Das Europäische Jahr 2012 versucht, die soziale Dimension der uns bevorstehenden demografischen Herausforderung durch Förderung des aktiven Alterns und einer größeren Solidarität zwischen den Generationen anzugehen. Ziel der Europäischen Innovationspartnerschaft für aktives und gesundes Altern ist es, den Zeitraum, für den die Menschen ein gesundes Leben erwarten können, um zwei Jahre zu verlängern und es Arbeitnehmern auf diese Weise zu ermöglichen, etwas länger zu arbeiten und die alterungsbedingten Belastung der Gesundheits- und langfristigen Pflegebudgets zu reduzieren. Und während das Weißbuch zu Pensionen und Renten die Notwendigkeit eines neuen ganzheitlichen und die Gleichstellung der Geschlechter fördernden Rentenreformansatzes unterstreicht, konzentriert es sich auf Vorschläge, die hauptsächlich darauf ausgerichtet sind, effizientere ergänzende

private Altersvorsorgesysteme zu fördern, in der Hoffnung, dass diese den Mitgliedstaaten ermöglichen, ihre Verpflichtungen im Rahmen der gesetzlichen Altersvorsorge zu reduzieren.

Niemand stellt heutzutage die Notwendigkeit in Frage, ein längeres Erwerbsleben zu fördern und unsere Sozialschutzsysteme zu reformieren. Dieses Ziel muss jedoch Teil einer sehr viel breiteren Agenda sein, die die Schaffung hochwertiger Arbeitsplätze sowie ernsthafte Maßnahmen auf EU-Ebene fördert, mit denen alle Wirtschafts- und Finanzakteure verpflichtet werden, Good-Governance-Regelungen anzuwenden und sich in den Dienst der Wirtschaft und des Wohlergehens aller zu stellen.

Die vorgeschlagenen Maßnahmen sind wichtige Puzzlestücke, aber einige noch wichtigere Stücke fehlen. Solange das Puzzle nicht mit den fehlenden Teilen vervollständigt und durch ein übergeordnetes Ziel eines sozialen Zusammenhalts zusammengehalten wird, werden wir uns nicht aus dieser misslichen Lage befreien können. Bürgerinnen und Bürger überall in der EU werden den Glauben in die gemeinsame Vision von Frieden, Gerechtigkeit und Solidarität, die uns alle zusammengebracht hat, verlieren.

Anne-Sophie Parent,
Generalsekretärin,
AGE Platform Europe

Ein Doktor der Medizin für die Sozialpolitik

Lieve Franssen, neue Direktorin für Sozialpolitik und Europa 2020 in der Abteilung für Beschäftigung der Europäischen Kommission

© Europäische Union

Lieve Franssen: „Unser stärkstes Kapital, das Humankapital, nutzen wir nur unzureichend!“

Sie haben Medizin schon immer mit Sozialem verbunden. Wie kommt das?

Ich habe Medizin und Gesundheitswesen studiert, um nach Afrika zu gehen, in Entwicklungsländer, die vor enormen Herausforderungen stehen. Ich wollte zu einigen der Lösungen beitragen. Mit 25 war ich in Mosambik als einzige Ärztin für einen Distrikt mit 300 000 Menschen zuständig, in einem der ärmsten Länder der Welt. Anschließend promovierte ich mit einem Vergleich der Sozialpolitik und ihrer Umsetzung in Afrika und Europa. Ich arbeitete mit der Weltbank und Joseph Stiglitz (Nobelpreis für Wirtschaftswissenschaften 2011) zusammen und veröffentlichte einige Politikforschungsarbeiten.

Wie sind Sie zur Europäischen Kommission gekommen?

Als ich 1982/83 nach Kenia kam, hatten bereits 10% meiner Patienten AIDS. Der Europäische Kommissar für Entwicklung hörte mich über die Auswirkungen reden, die AIDS nicht nur auf den einzelnen Menschen, sondern auf das Humankapital und die Entwicklung haben würde. Er bat mich, als Experte zur Kommission zu kommen und ein AIDS-Programm zu entwickeln. Später wurde ich gebeten, in der Generaldirektion für Entwicklung die

Bereiche Beschäftigung, Soziale Sicherheit und Gesundheit, Bildung, Gleichstellungspolitik zu gestalten. Ich nahm an Verhandlungen mit Pharma-Unternehmen teil, die 2000/01 den Preis für AIDS-Medikamente von jährlich € 10 000 auf € 300 senkten. Wir riefen einen globalen AIDS-, Malaria- und TB-Fonds in Leben. 2000 gab es etwa 5 000 AIDS-Kranke in Afrika, die behandelt wurden. Heute sind es sieben Millionen.

Welchen Unterschied gibt es zwischen der Armut in Afrika und der in Europa?

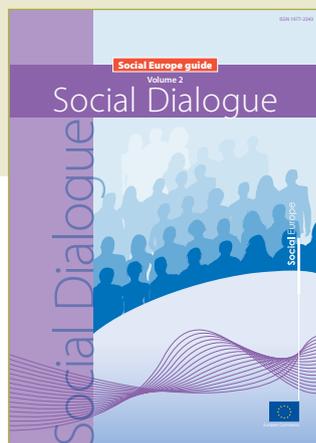
Armut ist Armut, aber in den Entwicklungsländern bedeutet Armut, mit weniger als ein oder zwei Dollar am Tag leben zu müssen. Der Armutsindikator in Europa ist ziemlich komplex. Er misst Ungleichheiten, weniger extreme Armut. In Europa und den Vereinigten Staaten gibt es in der Tat zunehmend gravierendere Ungleichheiten. Unser stärkstes Kapital, das Humankapital, nutzen wir nur unzureichend! Europa sollte der Chancengleichheit mehr Gewicht geben. Ungleichheit und Armut werden zu einem generationenübergreifenden Problem, was wiederum die Zukunft Europas gefährdet. Über die aktuelle Krise hinaus sehen wir uns mit einer schrumpfenden, alternden Bevölkerung und somit mit einer wachsenden Abhängigkeit

konfrontiert. Dennoch sind wir nicht bereit, dem Problem ins Auge zu sehen und die Gesellschaft entsprechend umzustrukturieren. Die europäischen Werte und Modelle sind aufgrund der derzeitigen Krise und des demografischen Wandels unter Druck geraten.

Warum sind Sie zunächst von der Entwicklung zur Kommunikation gewechselt?

Als die Franzosen und die Dänen gegen die EU-Verfassung stimmten, hatte ich das Gefühl, dass wir unsere Bürgerinnen und Bürger in Europa verlieren. Ohne die Unterstützung seitens der Bürgerinnen und Bürger ist es nicht möglich, Entwicklung zu fördern und Armut zu bekämpfen: Die Entwicklungsgelder kommen von den Steuerzahlern! In Benin hatten wir eine Radiosendung zum Thema AIDS über Kondome, Sex und alle Dinge, über die man in der Öffentlichkeit nicht spricht! Als ich zwei Monate später zurückkam, erzählte man mir, dass im Radio nicht länger über AIDS geredet würde, es also „kein Thema mehr“ sei! Kommunikation muss eindeutig, regelmäßig und kontinuierlich sein. Anderenfalls denken die Menschen, dass Europa sich nicht mit den realen alltäglichen Probleme der Menschen befasst, dass „Europa kein Thema mehr“ ist!

NEUERSCHEINUNGEN



Leitfaden Soziales Europa – Teil 2: Sozialer Dialog

Der zweite Teil in dieser Reihe beschreibt die Geschichte, Arbeitsweise und Errungenschaften des sozialen Dialogs auf EU-Ebene. Verhandlungen, Anhörungen und Informationsaustausch unter Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen (die Sozialpartner) und Behörden sind ein wesentliches Element des europäischen Sozialmodells und spielen eine entscheidende Rolle bei der Festlegung und Umsetzung der Wirtschafts-, Beschäftigungs- und Sozialpolitik der EU sowie der jeweiligen sektoralen Politik. In Teil 2 wird ferner untersucht, wie sich der soziale Dialog in den einzelnen Mitgliedstaaten als Reaktion auf die Wirtschaftskrise entwickelt hat. Der Leitfaden ist in englischer, französischer und deutscher Sprache erhältlich.

Katalog-Nr.: KE-BC-11-002-DE-C



Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung in Aktion – Berichte über Chancen, die der EGF bietet

Der Europäische Fonds für die Anpassung an die Globalisierung (EGF) kofinanziert Maßnahmen zur Unterstützung von Arbeitnehmern, die von Massenentlassungen einzelner Unternehmen oder Sektoren in ein und derselben Region oder in zwei angrenzenden Regionen betroffen sind, bei der Suche nach einer neuen Beschäftigung. Die vorliegende Broschüre enthält Hintergrundinformationen über Maßnahmen des EGF in fünf EU-Mitgliedstaaten sowie Gespräche mit Personen, die von den Maßnahmen profitieren konnten oder an ihrer Umsetzung beteiligt waren. Diese Veröffentlichung ist in gedruckter Form in Englisch, Französisch und Deutsch und in elektronischer Form in allen übrigen EU-Amtssprachen erhältlich.

Katalog-Nr.: KE-31-11-404-DE-C



Wie wollen wir älter werden? Kampagne für eine bessere Gesellschaft für Alt und Jung

Das Europäische Jahr für aktives Altern und Solidarität zwischen den Generationen 2012 soll für den Beitrag sensibilisieren, den ältere Menschen zur Gesellschaft leisten, und für die Möglichkeiten, diesen Beitrag zu unterstützen. Darüber hinaus soll es politische Entscheidungsträger und andere wichtige Akteure auf allen Ebenen mobilisieren und dazu anregen, Maßnahmen zu ergreifen, um bessere Bedingungen für das aktive Altern zu schaffen und die Solidarität zwischen den Generationen zu fördern. Die Druckausgabe dieser Veröffentlichung ist in allen Amtssprachen der EU sowie in Isländisch erhältlich.

Katalog-Nr.: KE-30-11-406-DE-C

Nützliche Websites

Die Homepage von Kommissar Andor: http://ec.europa.eu/commission_2010-2014/andor/index_de.htm

Die Homepage der Generaldirektion für Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration: <http://ec.europa.eu/social/>

Die Website des Europäischen Sozialfonds: <http://ec.europa.eu/esf>



Amt für Veröffentlichungen

Falls Sie diese Veröffentlichungen bestellen möchten, wenden Sie sich bitte an:

Europäische Kommission
GD Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration
InfoCentre
B-1049 Brüssel
Fax: (32-2) 296 23 93
<http://ec.europa.eu/social/contact>

Möchten Sie die Zeitschrift „Sozial Agenda“ oder andere Veröffentlichungen der Generaldirektion Beschäftigung, soziale Angelegenheiten und Integration abonnieren, füllen Sie bitte das elektronische Antragsformular auf folgender Internetseite aus:
<http://ec.europa.eu/social/main.jsp?catId=740&langId=de>